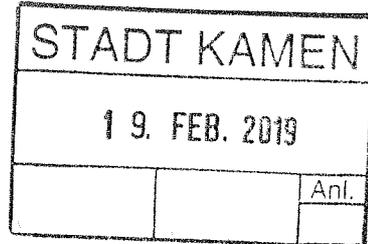




BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kamen - Rathausplatz 1 - 59174 Kamen

Bürgermeisterin der Stadt Kamen
Frau Elke Kappen
Rathausplatz 1

59174 Kamen



Fraktionsbüro :

Rathausplatz 1
59174 Kamen
Zimmer P4
☎ 02307 / 148 - 5400
📠 02307 / 148 - 5450
fraktion@gruene-kamen.de

Bürozeiten :

Di. 10 - 12 Uhr
Do. 14 - 16 Uhr

Kamen, den 19.02.2019

Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN an den Rat der Stadt Kamen am 14.03.2019

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir beantragen für die nächste Sitzung des Rates der Stadt Kamen am 14.03.2019 folgenden Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen:

Open Source in der Verwaltung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit eine Umstellung der gegenwärtig genutzten Software auf offene Standards und freie Software (Open Source) realisierbar ist und im zuständigen Fachausschuss zeitnah über den Fortschritt des Prüfauftrages, einschließlich einer Bestandsaufnahme der bisher eingesetzten Software, zu informieren.

Begründung:

Europaweit steigen immer mehr öffentliche Verwaltungen von kommerziellen Lösungen auf freie Software um. Zudem haben Anfang Oktober 2017 32 Europäische Staaten in der „Erklärung von Tallinn“ vereinbart, im Rahmen einer E-Government-Initiative möglichst auf Open Source und offene Standards umzustellen.

Auch viele deutsche Kommunen haben bereits umgestellt oder prüfen derzeit die Möglichkeit eines Umstiegs. Als Beispiel soll an dieser Stelle die Stadt Dortmund erwähnt werden.

Der Verwaltungsvorstand der Stadt Dortmund hat in seiner Sitzung vom 10.04.2018 beschlossen, die Potenziale von freier Software und offenen Standards im Bereich der städtischen Informations- und Telekommunikationstechnik zu untersuchen (siehe Anlage). Die Verwaltung wird den politischen Gremien Anfang 2020 einen Ergebnisbericht vorlegen.

Ziele der Stadt Dortmund sind u.a.:

- Reduzierung der Herstellerabhängigkeit
- Umsetzung des E-Government-Gesetzes NRW im Rahmen von offenen und standardisierten Dateiformaten
- Erhöhung der Interoperabilität (z.B. durch den Einsatz von offenen Standards für eine herstellerübergreifende Anwendungskopplung)
- Sicherstellung des Datenschutzes
- Gewährleistung der IT-Sicherheit
- Steuerbare Kostenstrukturen durch erhöhte Flexibilität bei der Anbieterwahl, Stärkung der Verhandlungsposition gegenüber Anbietern kommerzieller Software und Wegfall von Lizenzgebühren
- Erhöhung der Archivierbarkeit digitaler Dokumente durch offene Standards
- Ermöglichung neuer Synergien und Abbau von lizenzrechtlichen Hemmnissen in der interkommunalen Zusammenarbeit

Wir GRÜNEN halten daher einen Umstieg auf freie Software für sinnvoll und notwendig, auch um sich aus der Abhängigkeit von einem Monopolisten wie Microsoft zu befreien.

Mit freundlichen Grüßen



Doris Werner
Fraktionsgeschäftsführerin

Anlage 1:

Stadt Dortmund: Erweiterung des Masterplans Digitale Stadtverwaltung

Anlage 2:

Definition: Freie Software / Offener Standard



10.4.2018

561. **Erweiterung des Masterplans Digitale Stadtverwaltung**

Der Masterplan Digitale Stadtverwaltung wird um das Projekt „Freie Software und Offene Standards“ erweitert. Innerhalb der nächsten zwei Jahre wird die Stadt Dortmund die Potenziale von „Freier Software und Offenen Standards“ für die Verwaltung untersuchen.

Durch die gesellschaftliche Entwicklung hin zur Digitalisierung ergeben sich veränderte Anforderungen an die Informationstechnologie (IT) der Stadtverwaltung. Im Masterplan Digitale Stadtverwaltung werden derzeit diese Anforderungen beschrieben und Handlungsmöglichkeiten erarbeitet, um die Entwicklung der Digitalisierung für die Stadt Dortmund zu gestalten. Die digitale Entwicklung wird stark durch die dafür eingesetzte Software geprägt. Es ist abzusehen, dass für die Digitalisierung, insbesondere in Bezug auf den Softwareeinsatz, ein hohes Maß an organisatorischer und technischer Flexibilität erforderlich sein wird.

Freie Software ermöglicht mehr Handlungsspielräume

Das Lizenzmodell der Freien Software räumt allgemein das Recht ein, Software für jeden Zweck zu verwenden, deren Funktionsweise zu verstehen, sie zu verbreiten und zu verbessern. Diese weitgehenden Rechte an einer Software können die zunehmende Digitalisierung in der Stadtverwaltung in organisatorischen wie gesellschaftlichen Aspekten unterstützen und weitreichende Handlungsspielräume gewähren. Daher werden die Potenziale von Freier Software in der IT der Stadtverwaltung in Bezug auf die vielseitigen Anforderungen durch die Digitalisierung systematisch untersucht.

Offene Standards sollen die Kommunikation erleichtern

Ferner wird in dieser Untersuchung berücksichtigt, dass im Rahmen der Digitalisierung Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden verstärkt digitalen Kontakt zur Stadtverwaltung suchen. Daher beschäftigt sich das Projekt neben der Betrachtung der Potenziale von Freier Software mit der Frage, wie die digitale Kommunikation mit der Stadt für alle Akteure zugänglich gestaltet werden kann. Dazu gibt das E-Government-Gesetz NRW für die Übermittlung von Dateien an Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen vor, dass offene und standardisierte Dateiformate genutzt werden sollen. Durch den Einsatz solcher Offenen Standards soll gewährleistet werden, dass Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden technikneutral mit der Verwaltung kommunizieren können, also z.B. über mobile Geräte oder Heimcomputer beliebiger Hersteller und unabhängig von der eingesetzten Software.



Stadt Dortmund

MEDIENINFORMATION

Pressestelle der Stadt Dortmund
Frank Bußmann (verantwortlich)
Friedensplatz 1, 44122 Dortmund
Telefon: +49 (0)231/50-2 30 22
Telefax: +49 (0)231/50-2 21 67
E-Mail: pressestelle@stadtdo.de
Web: www.dortmund.de/presse
www.dortmund-ueberrascht-dich.de

Das Projekt „Freie Software und Offene Standards“ wird in einem Beteiligungsverfahren mit den Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt. Die Einsatzpotenziale von „Freier Software und Offenen Standards“ werden von der Stadtverwaltung gemeinsam mit der Bürgerinitiative Do-FOSS (Dortmund-FOSS: englisch für **F**ree and **O**pen **S**ource **S**oftware, <http://do-foss.de>) untersucht. Die Bürgerinitiative engagiert sich bereits seit mehreren Jahren in einem öffentlich geführten Dialog dafür, die Vorteile von Freier Software und Offenen Standards für die Stadt Dortmund zu nutzen.

Kontakt: Maximilian Löchter

Definition gem. Free Software Foundation Europe: Freie Software

Freie Software ist Software, die die folgenden vier Freiheiten einräumt:

- Die Freiheit, das Programm für jeden Zweck auszuführen
- Die Freiheit, die Funktionsweise eines Programmes zu untersuchen und es an seine Bedürfnisse anzupassen
- Die Freiheit, Kopien weiterzugeben und damit seinen Mitmenschen zu helfen
- Die Freiheit, ein Programm zu verbessern und die Verbesserungen an die Öffentlichkeit weiterzugeben, sodass die gesamte Gesellschaft profitiert

Definition gem. Free Software Foundation Europe: Offener Standard

Ein Offener Standard bezieht sich auf ein Format oder Protokoll, das:

- öffentlich zugänglich ist zur öffentlichen Bewertung und Verwendung, ohne Einschränkungen und für alle beteiligten Teilnehmer gleichwertig
- ohne Bestandteile oder Erweiterungen ist, deren Abhängigkeiten wiederum selbst nicht der Definition eines Offenen Standards entsprechen
- frei von rechtlichen oder technischen Bestimmungen ist, die die Verwendung von irgendeinem Beteiligten oder Geschäftsmodell einschränken
- unabhängig von einem einzigen Anbieter in einem Prozess weiterentwickelt wird, der offen für eine gleichberechtigte Beteiligung von Wettbewerbern und Drittanbietern ist
- verfügbar in mehreren vollständigen Implementierungen ist, entweder von konkurrierenden Anbietern, oder als eine vollständige Implementierung, die gleichberechtigt verfügbar für alle Beteiligten ist.